

Inhalt

Vorwort - <i>Walter Rossow</i>	4
Einladung zum Kongress am 27. Oktober 2005	7
Integrationsarbeit – Lust und Frust - <i>Wulf Schady</i>	10
Was macht eigentlich der Vorstand des Schulleiterverbandes? - <i>Klaus-Ingo Marquardt</i>	12
Kleine Anfrage zu Schulleitern und Schulleiterinnen des Dr. Klug	15
Arbeitskreis Stellvertreter – <i>Klaus-Ingo Marquardt</i>	17
Schmunzeln: Das neue Hemd	17
Pressespiegel: Lernbedingungen	18
Pressespiegel: Pisa hat die Karten neu gemischt	18
Blick über den Tellerrand – können wir von Bayern etwas lernen? - eine Glosse	23
Informationen aus der Geschäftsstelle - <i>Klaus-Ingo Marquardt</i>	25
Die Aufgabenverteilung im s/vsh	26
Ihre Ansprechpartner in den Kreisen	27
Werbung des s/vsh mit Beitrittsformular	28/29
Werbung Fa. RISO, Druckkosten	30
Erlassentwurf „Rauchverbot“	31
Stellungnahme des s/vsh zum Erlassentwurf „Rauchverbot“	31
Erlassentwurf „Sprachstandsfeststellung und Datenschutz“	32
Stellungnahme des s/vsh zum Erlassentwurf „Sprachstandsfeststellung und Datenschutz“	33
Veränderter Erlass „Verlässliche Grundschule“	34
Stellungnahme des s/vsh zum veränderten Erlass „Verlässliche Grundschule“	35
Zu guter Letzt: Woran merkt man, dass man vom 21. Jahrhundert ...	36

Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, bei

- Namens-, Schul- oder Privatadressenänderungen,
- Eintritt in den Ruhestand oder
- Kontoänderungen

auch an den s/vsh zu denken und diese entweder der

- ◇ **AWU, Kleine Bahnstraße 6, 22525 Hamburg oder**
- ◇ **unserer Geschäftsstelle, Klaus-Ingo Marquardt, Schulstr. 6, 24582 Wattenbek**

umgehend mitzuteilen. So gewährleisten Sie sich den Erhalt der neuesten Informationen und ersparen uns unnötige Kosten und Arbeit! ☺!☺!☺

Vorwort

Walter Rossow

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am 17. August trafen sich in Kiel Mitglieder des Vorstandes des slvsh zu einem ersten Gedankenaustausch nach der Landtagswahl mit der alten und neuen Ministerin für Bildung. Dieses Gespräch fand – wie gewohnt – nicht nur in einer sehr sachlichen, sondern auch in einer sehr angenehmen Atmosphäre statt. Frau Erdsiek-Rave stellte ihre Überlegungen für die kommenden Jahre vor. Dabei ging es im Wesentlichen um die Inhalte des zu Beginn des Schuljahres an die Kollegien verschickten Briefes, der – wie zahlreiche Reaktionen, die mich erreichten, zeigten – vom Stil her doch gewisse Irritationen und damit verbunden Verärgerung bei den Empfängern ausgelöst hat.

Die Vertreter des slvsh machten im Verlaufe des Gespräches sehr deutlich, dass die schon in meinem letzten Vorwort erwähnte Loyalitätspflicht des Landes seinen Bediensteten gegenüber endlich erfüllt werden muss und es nicht angehen kann, dass neben etlichen Stellvertreterinnen und Stellvertretern nun auch noch 34 neu ernannten Schulleiterinnen und Schulleitern das ihnen zustehende und ihrer täglichen Arbeit entsprechende Gehalt vorenthalten wird.

Bei dieser Vorgehensweise wird es immer schwerer werden, freie Schulleiterstellen mit qualifizierten und engagierten Schulleiterinnen und Schulleitern zu besetzen. Allein die vorliegenden Zahlen der Jahre 2004 und 2005 machen deutlich, in welchem Dilemma man steckt: 2004 wurden in Schleswig-Holstein 51 Schulleiterstellen besetzt. In 50 Fällen gab es Mehrfachausschreibungen, davon 37 Zweit-, elf Dritt- und zwei Viertausschreibungen. Im Jahre 2005 sind bislang 43 Schulleiterstellen besetzt worden. In 29 Fällen gab es Mehrfachausschreibungen: 21 Zweit-, fünf Dritt- und bis jetzt schon drei Viertausschreibungen. Da braucht man wohl nur wenig Phantasie, um voraus zu sehen, was in den Jahren 2006 bis 2010 auf uns zukommt, wenn mindestens 266 Schulleiterstellen neu besetzt werden müssen – und das sind nur die Stellen,

deren Stelleninhaber auch bis zum 65. Lebensjahr arbeiten werden. Außerdem sind mit dieser Zahl nicht die vielen Kolleginnen und Kollegen erfasst, die Stellvertreterstellen frei machen werden, so dass man getrost von der doppelten Anzahl von Führungspositionen ausgehen kann, die in diesem Zeitraum zu besetzen sind!

Es ist also dringend geboten darüber nachzudenken (wieder mal!), wie man den Beruf der Schulleiterin bzw. des Schulleiters, wie auch den des Stellvertreters bzw. der Stellvertreterin so attraktiv machen kann, dass sich auch ohne Zweit-, Dritt- oder gar Viertausschreibungen genug geeignete Lehrerinnen und Lehrer für die Übernahme einer solchen Führungsaufgabe interessieren. Hier hilft es sicherlich auch nicht, wenn der Landtagsabgeordnete Buder (Bildungsexperte? der SPD) meint, dass die vielen Mehrfachausschreibungen nur ein Indiz für die intensive Vorauswahl durch das Ministerium darstellen. Hier irrt der gute Mann und ich glaube – nein, ich bin mir sogar sicher – er weiß das auch!

Ich denke, es ist längst überfällig, dass sich die Ministerin, der Staatssekretär und die vielen (selbsternannten) Bildungsexperten in diesem Lande Gedanken darüber machen, wie man der drohenden Gefahr, Schulleiterstellen auch nach Mehrfachausschreibungen nicht mehr besetzen zu können, entgegen wirken kann. Vielleicht kann ich mit einigen (wenn auch altbekannten) Vorschlägen helfen: Meiner Meinung nach ist es dringend geboten, dass in einem ersten Schritt die Anerkennung des **Berufsbildes Schulleitung** erfolgt, dass also deutlich gemacht wird, dass diejenigen, die eine Schulleitungsaufgabe übernehmen, nicht einige Verwaltungsaufgaben dazu bekommen, sondern dass sie einen **neuen Beruf** ausüben werden. Dieser Tatbestand wird umso bedeutender, je mehr der Gesetzgeber die Selbstständigkeit der einzelnen Schule vorantreibt. Die selbstständige Schule verändert das Anforderungs- und Kompetenzprofil der Schulleiterin und des Schulleiters. Diese gestalten an ihren Schulen die Entwicklung von einer bürokratisch geleiteten Verwaltungseinheit zu

einer lebendigen Organisation. Die zentralen Schulleitungsanforderungen liegen in den Handlungs- und Verantwortungsfeldern Führung, Management, Schulentwicklung und Personalentwicklung, Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Qualitätsentwicklung. Sie setzen Persönlichkeit, Sozialkompetenz und Sachkompetenz voraus. **Eine starke Schulleiterin, ein starker Schulleiter ist Bedingung für eine erfolgreiche Schule.** Dieses alles (...und sicherlich noch vieles mehr) muss dokumentiert werden in einem eigenständigen Berufsbild „Schulleitung“, das uneingeschränkt auch für die ständige Vertreterin und den ständigen Vertreter gelten muss und das der gestiegenen Verantwortung Rechnung trägt!

Mehr Verantwortung bedeutet aber auch, uns mehr Instrumentarien zur Um- und Durchsetzung dienstlich notwendiger Entscheidungen zu geben. Das veränderte Berufsbild – wenn auch noch nicht festgeschrieben – erfordert rechtliche und politische Konsequenzen; denn Gesamtverantwortung und Entscheidungsbefugnisse passen in der gegenwärtigen „Rechtsfigur“ Schulleiterin bzw. Schulleiter nicht zueinander und schließen Gesamtverantwortungsübernahme durch Schulleiterin bzw. Schulleiter eigentlich aus. Die Leitung einer mit erweiterten Selbstgestaltungsrechten ausgestatteten Schule verlangt nach adäquaten Entscheidungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten. Der Umfang der staatlichen Regulationsdichte und die zahlreichen Weisungsketten geben eine Lenkungsfähigkeit im Schulbereich vor, die in der Einzelschule das Funktionieren über kollegiale Abstimmungsverfahren zu erreichen glaubt, was aber nicht funktioniert und auch nicht funktionieren kann. Schulleiterin und Schulleiter formulieren klare Ziele für die Zukunft der eigenen Schule und treffen verantwortliche Entscheidungen für ihre Umsetzung. Ihre Führung zielt auf das Zusammenwirken aller in der Schule Tätigen, um die bestmögliche Förderung jeder Schülerin bzw. jedes Schülers in Bildung und Erziehung zu erreichen. Umfassende Befugnisse im Personalmanagement sind deshalb unabdingbare Voraussetzung für effektive Führung. Seit Jahren fordert der s/vsh deshalb die **Schulleiterin bzw. den Schulleiter als Dienstvorgesetzten** in einer demokratisch geführten Schule.

In einem weiteren Schritt muss – auch wenn es zugegebenermaßen in den letzten Jahren auf diesem Gebiet Fortschritte gegeben hat – die Aus- und Weiterbildung junger Schulleiterinnen und Schulleiter wie auch ihrer Stellvertreter den laufend steigenden Anforderungen angepasst werden. Der Beruf der Schulleiterin bzw. des Schulleiters erfordert eine qualifizierte Ausbildung – und zwar vor Amtsantritt! Voraussetzung für die Zulassung zur Ausbildung ist natürlich die Feststellung der Eignung durch die dienstliche Beurteilung der Führungseigenschaften der Bewerberin bzw. des Bewerbers. Ich will an dieser Stelle gerne noch einmal auf den Vorschlag der Ministerin zurückkommen, den sie beim s/vsh-Kongress im letzten Jahr gemacht hat, auch weil er im Wesentlichen das aufgreift, was der s/vsh schon vor einigen Jahren vorgeschlagen hatte: Die Grundausbildung für Schulleiterinnen bzw. Schulleiter findet schulformunabhängig und länderübergreifend in einer Akademie für pädagogische Führungskräfte statt. Praxisnahe und schulformbezogene Bausteine erweitern die Ausbildung. Das Auswahlverfahren erfolgt aufgrund der Qualifizierungsnachweise und ist für alle Beteiligten transparent. Die Fortentwicklung von Schule verlangt eine ständige Weiterbildung der Schulleiterin und des Schulleiters, die ebenso an der o. g. Akademie abgeleistet werden sollte. Dabei darf „Jede Stunde zählt“ überhaupt keine Rolle spielen, denn dieses passt nicht in das Bild eines modernen Managements. Vielleicht wäre hier der Blick über den Zaun zur Wirtschaft hilfreich – bis heute habe ich bei vielen Gesprächen, die ich mit führenden Vertretern der Wirtschaft habe führen können, keinerlei Verständnis für diesen „Erlass“ gefunden!

Bleibt abschließend eine fundamentale Forderung des s/vsh – die Forderung nach Zeit, und zwar Zeit für Führungsaufgaben und damit für Führungsarbeit. Deshalb brauchen wir **endlich eine eigene Arbeitszeitverordnung für Schulleitung**, bei der es um die Leitungszeit für Schulleitung geht und nicht um den Anteil des zu erteilenden Unterrichts! Bis heute werden Schulleiterin bzw. Schulleiter und ihre Stellvertreter immer noch der Berufsgruppe der Lehrer zugerechnet. Dieses spiegelt sich z. B. in den wenigen Entscheidungsbefugnissen und der hohen Unterrichtsverpflichtung wider, aber es entspricht in keiner Weise dem schon

so oft angesprochenen Berufsbild. Bei vielen der mit Visionen „verwöhnten“ Schulleiterinnen und Schulleiter klingt das sicherlich wie ein frommer Wunsch, aber schon seit Jahren liegt im Ministerium ein Vorschlag des slvsh für die Berechnung der Arbeitszeit von Schulleitung vor, der mittlerweile in der Broschüre des ASD (Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands) „Schulleitung in Deutschland 2005 – Ein Berufsbild in Weiterentwicklung“ abgedruckt ist und von allen im ASD vertretenen Landesverbänden mitgetragen wird! Auch wenn es gelungen ist, dass das Ministerium im Zusammenhang mit der Arbeitszeit von Schulleitung nicht mehr von Ermäßigungs- oder Abminderungsstunden spricht und ganz offiziell den Begriff Leitungszeit übernommen hat, so bedeutet das lediglich eine sprachliche Kosmetik – mehr aber auch nicht! Man kann nicht von Schulleiterinnen bzw. Schulleitern modernes Management verlangen und gleichzeitig deren Hauptarbeit als Nebentätigkeit abqualifizieren! Es ist an der Zeit, dass wir in dieser Kernfrage, bei der es um die Qualität von Schulleitung geht, endlich den Durchbruch schaffen.

Dabei ist klar herauszustellen, dass Leitungstätigkeit nicht abhängig ist von der Schulart und deshalb eine unterschiedliche Zuweisung von Leitungszeit in der heutigen Zeit absolut nicht mehr angemessen ist! Wir waren in Schleswig-Holstein in dieser Sache schon einmal auf einem recht guten Weg. Zumindest gab es vor einigen Jahren schon einmal eine Arbeitsgruppe beim Ministerium, die sich mit genau dieser Problematik auseinander setzte. Leider ist sie aus mir unerfindlichen Gründen sanft und fast unbemerkt „beerdigt“ worden. Ich fordere die Ministerin

auf, diese Arbeitsgruppe umgehend wieder einzusetzen!

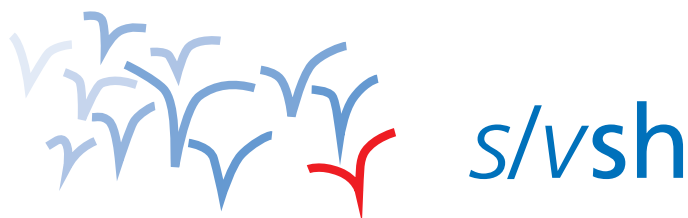
Diese vier Punkte müssen angegangen werden, wenn wir nicht in den nächsten Jahren das oben angesprochene Dilemma erleben wollen. Dieses wird sicherlich auch nicht durch die Zusammenlegung mehrerer Schulen unter einer Schulleitung in den Griff zu kriegen sein. Eine solche Praxis würde sich eher kontraproduktiv auswirken. Natürlich wäre es nicht richtig, nicht auch daraufhin zu weisen, dass zur Attraktivitätssteigerung auch eine Besoldung gehören muss, die sich deutlich von der Lehrerbesoldung abhebt!

Lassen Sie mich ganz zum Schluss einladen zum slvsh-Kongress 2005 **„Schulleitung auf neuen Wegen ... zu den Bildungsstandards“**. Die Einladung haben Sie hoffentlich schon erhalten – sonst finden Sie alle wichtigen Informationen in diesem Heft. Wie im letzten Jahr haben wir uns entschlossen, den Kongress um 11.00 Uhr beginnen zu lassen. Ich wünsche, dass – wie in den letzten Jahren – viele von Ihnen sich am 27. Oktober nach Rendsburg aufmachen, nicht nur weil sie das Thema interessiert, sondern auch um durch Ihre Teilnahme zu demonstrieren, **wie wichtig ein starker Schulleiterverband für Schleswig-Holstein ist** und hoffe, viele „alte“ Mitglieder und viele neue Gesichter am 27. Oktober in Rendsburg im ConventGarten begrüßen zu können.

Ihr



Einladung zum slvsh-Kongress 2005



Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.

Die Interessenvertretung für Schulleiterinnen und
Schulleiter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Einladung zum

slvsh – Kongress 2005

SCHULLEITUNG AUF NEUEN WEGEN...

zu den Bildungsstandards

27. Oktober 2005

Conventgarten

Rendsburg

Tagungsverlauf slvsh-Kongress 2005

Zeit

Aktivitäten

ab 11.00 Uhr



Eintreffen der Gäste
(Kaffeebar)

11.15 Uhr

Begrüßung
Walter Rossow, Vorsitzender slvsh
Grußworte

11.30 Uhr

Eingangsreferat
Ralph Hartung (IQB Berlin)

12:30 Uhr

Mittagessen

14:00 Uhr

Rede
Ministerin Ute Erdsiek-Rave

14:30 Uhr

Arbeitskreise

- Hr. Prof. Gerd Walther (GS – Ma)
- Fr. / Hr. N. N. (GS – De)
- Fr. Britta Hasche (GS/HS – En)
- Hr. Ralph Hartung (Sek 1 – Ma)
- Fr. Christina Drüke-Noe (Sek 1 – Ma)
- Fr. Elisabeth Gessner (Sek 1 – Deu)

16:00 Uhr



Kaffeepause

16:30 Uhr

Schlusswort
Maren Böddener,
stellvertretende Vorsitzende slvsh

Ralph Hartung

Von der Ausbildung her Gymnasiallehrer (Fakultas für die Fächer Mathematik und Chemie) und zurzeit als Regierungsrat Referent im Hessischen Kultusministerium; seit 1. April 2005 abgeordnet an das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bis 2000 unterrichtet am Städtischen Gymnasium Selm (NRW), ab 2003 an der Ricarda-Huch-Schule in Dreieich (Hessen).

Im IQB zuständig für die Koordinierung der Aufgabenentwicklung zur Implementierung der Bildungsstandards für das Fach Mathematik (Hauptschulabschluss / Mittlerer Abschluss). Dieses umfasst die Betreuung der Regionalgruppen, der Aufgabenbewertungsgruppe und die Mitarbeit in der Kasseler Gruppe. Außerdem zusammen mit den genannten Gruppen verantwortlich für die Konzeption der Broschüre, in der Aufgaben u. a. für den Unterricht präsentiert werden sollen, und die Entwicklung der Fortbildungskonzeptionen für die Länder.

Zur Thematik:

Hinter einem Standard steht immer eine Erwartung, dass nämlich etwas so (gut) und nicht anders ist. Wir verwenden das Wort „Standard“ beispielsweise, wenn wir von einer Standardgröße im Gegensatz zu einer Übergröße oder vom Lebensstandard sprechen. Ein Standard ist also ein Maßstab, eine Art Richtgröße, der sich auf eine Normalausführung, Durchschnittsbeschaffenheit oder ein Mittelmaß (Standard) oder aber auf den Stand eines erreichten Qualitätsniveaus (Lebensstandard) bezieht.

„**Bildungsstandards**“ formulieren Anforderungen an das Lehren und Lernen in der Schule. Sie benennen Ziele für die pädagogische Arbeit, ausgedrückt als erwünschte Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler („Outcome-Standards“). Damit konkretisieren Standards den Bildungsauftrag, den allgemein bildende Schulen zu erfüllen haben. Bildungsstandards greifen allgemeine Bildungsziele auf. Sie benennen Kompetenzen, welche die Schule ihren Schülern vermitteln muss, damit bestimmte zentrale Bildungsziele erreicht werden.“ (Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards, Klieme u. a., Februar 2003)

Bildungsstandards für Fächer und Fächerverbünde legen fest, was die Schülerinnen und Schüler am Ende der Klassen 2, 4, 6 und am Ende ihrer Schullaufbahn (9 bzw. 10 und 12) können und wissen müssen ("Outcome-Standards"). Die Lernergebnisse werden genau beschrieben.

Die bisherigen Lehrpläne gaben vor, was Lehrer im Großen und Ganzen und zugleich kleinschrittig machen sollten.

Integrationsarbeit – Lust und Frust

von Wulf Schady – Dannewerkschule Schleswig

Unsere Konzeption

An meiner Schule, der Dannewerkschule-Grundschule in Schleswig, liegt seit über zehn Jahren ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Integration und Prävention.

In enger Zusammenarbeit mit dem Förderzentrum, der Pestalozzischule in Schleswig, ist eine Sonderschullehrerin bei uns als abgeordnete Lehrkraft tätig. Mit ihrer Hilfe und der aktiven Bereitschaft unseres Kollegiums können wir die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch von Nachbarschulen aufnehmen. Knapp 10% unserer Schülerschaft besitzt einen solchen Förderbedarf. Rund 20% der Kinder unterstützen wir durch präventive Arbeit; unter ihnen nimmt die Zahl der emotional und sozial zu fördernden Kinder deutlich zu. Bei dieser Arbeit unterstützt uns die Schule für Kranke im Bereich der Fachklinik Schleswig.

Die zu integrierenden Kinder verteilen sich derzeit über alle Jahrgänge auf vier Klassen. Die notwendigen Doppelbesetzungen werden teilweise durch die Abordnung aus dem Förderzentrum, durch eine erhöhte Zuweisung vom Schulamt (für I-Maßnahmen und den Flexiblen Eingangsbereich) und durch zusätzliche Stunden für die LehrerInnen-Ausbildung ermöglicht. Dank der Bereitschaft meiner zehn KollegInnen, vier (demnächst fünf) „LIAs“ auszubilden, können Doppelbesetzungen durch sehr effiziente gemeinsame Ausbildungsstunden oder durch Freisetzung von Lehrkräften aus Klassen, in denen LIAs eingesetzt sind, gewonnen werden.

Im Gegensatz zu gängigen, nicht selten ideologisch geprägten Auffassungen führen wir unsere I-Kinder im allgemeinen nicht sofort mit Regel-Schulkindern zusammen, sondern bereiten sie auf den gemeinsamen Unterricht vor. Ein Übergang in eine Regelklasse wird ausschließlich nach dem individuellen Entwicklungsstand des einzelnen Kindes entschieden. Maßstab ist eine ausreichende psycho-soziale Stabilität und ein Minimum an selbstständiger Arbeitsweise. Mit dieser persönlichen Stärkung verlaufen unsere Integrationsbemühungen deutlich erfolgreicher als z.B. bei neu hinzugezogenen Kindern, die wir anfänglich ohne Vorbereitung in Regelklassen

integriert hatten. Die intellektuellen Fähigkeiten spielen für den Übergang keine entscheidende Rolle.

Bei einem sehr hohen Anteil von I-Kindern in einer Regelklasse (30-50%) können Nachteile für die Regelkinder entstehen. Der gemeinsame Unterricht in allen Fächern macht oft ein kleinschrittiges Vorgehen, einfache Unterrichtssprache und eine höhere individuelle Betreuung erforderlich. Für Regelkinder stellt dies ein durchaus angenehmer, bequemer Service dar, an den sie sich gern gewöhnen. Wenn eine „intellektuelle Nesthockerei“ durch binnendifferenzierende Maßnahmen nicht überwunden werden kann, reduzieren wir die Zahl der I-Kinder und fassen sie – wenn nicht anders möglich – zu einer eigenen Lerngruppe zusammen. Wir fühlen uns unseren Regelkindern in gleicher Weise verpflichtet wie den Förderkindern.

Eine sachliche Diskussion unterschiedlicher Integrationsansätze ist mit „Linientreuen“ Befürwortern leider häufig durch deren Vokabular wie „selektieren“ oder „aussondern“ erschwert, das sehr bewusst an unsägliche Zeiten deutscher Geschichte erinnern soll und damit in „gute“ und „schlechte“ Pädagogik einteilt. Zum Glück erweisen sich meine KollegInnen – durch langjährige Erfahrung gestärkt – als resistent gegenüber solcher Einflussnahme. Wir lassen uns auf jedes Kind individuell ein und beobachten, ob sein Zusammengehen mit regelbeschulenden Kindern sich förderlich oder hemmend auswirkt. Unsere Erfahrung zeigt uns, besonders in den Klassenstufen 3 und 4, dass nicht alle I-Kinder vom gemeinsamen Unterricht profitieren. In einer Lerngruppe unter ihresgleichen zeigen diese Kinder mehr Zutrauen zu sich und entwickeln bessere Leistungen. Für andere I-Kinder trifft dies nicht zu, sie profitieren von den Anregungen ihrer Umgebung. Folglich beobachten wir, in welchem Feld sich jedes einzelne Kind am besten entwickelt und belassen es dort. Die erfolgreiche Entwicklung jedes einzelnen Kindes, das Ausschöpfen seiner individuellen Möglichkeiten ist uns wichtiger als die Einhaltung einer Generallinie (nach Chr. Morgenstern: „...weil nicht sein kann, was nicht sein darf.“).

Dennoch können Integrationsbemühungen scheitern; das Kind wechselt dann z.B. in die Förderschule über. In anderen Fällen verläuft die Integration so erfolgreich, dass der sonderpädagogische Förderbedarf aufgehoben werden kann. Beides kann in jedem Schuljahr geschehen.

Unser Problem

Die Kinder mit ausgewiesenem individuellem sonderpädagogischen Förderbedarf sind mit den üblichen Unterrichtsmaterialien, Lehrbüchern usw. i. Allg. nicht erreichbar. Es bedarf vieler zusätzlicher Materialien, die nicht immer wieder verwendbar sind; die Papier- und Kopierkosten sind durch die Plan- und Stationsarbeit deutlich erhöht. Es sind individuelle Anschaffungen erforderlich u. v. a. m.. Nicht umsonst sind die Schulkosten für ein Förderschulkind rund dreimal so hoch wie bei einem Grundschulkind, wenngleich der erhöhte Lehr- und Lernmittelbedarf nicht der alleinige Grund hierfür ist.

Nach einschlägigen Bestimmungen des Ministeriums gelten die Kinder mit ausgewiesenem sonderpädagogischem Förderbedarf an einer Grundschule als Grundschüler und nicht als Förderschüler. Dementsprechend besteht für den Schulträger keine Notwendigkeit, diese Kinder sächlich anders als alle übrigen Regelschulkinder auszustatten; er kann Zuschüsse als freiwillige Leistung gewähren!

Sobald ein Kind nach einer gescheiterten Integration an die zuständige Förderschule überwechselt, wird es dort als Sonderschüler sächlich in vollem Umfang ausgestattet.

Dieses Kind besitzt an der Grundschule denselben sonderpädagogischen Förderplan, wie danach an der Förderschule – aber nur an der Förderschule wird es sächlich adäquat ausgestattet! Das begreife, wer will! Da drängt sich geradezu der Verdacht auf, dass hinter dem Gebot auf Integration ganz handfeste Sparmaßnahmen stehen. Soll mit dem Appell an ein besseres Menschenbild unser pädagogisches Gewissen instrumentalisiert werden, um Geld zu sparen? Ich habe dabei den Aspekt, dass die betroffenen Lehrkräfte meiner Schule die schwere, vollwertige Arbeit einer Sonderschullehrkraft incl. der zusätzlich erschwerten Elternarbeit in der Gehaltsgruppe einer Grundschullehrkraft durchführen, noch völlig außer Acht gelassen.

Es geht grundsätzlich um die sachgerechte Ausstattung eines Integrationskindes unabhängig von dem Ort seiner Beschulung! Die im individuellen Lernplan festgeschriebenen Fördermaßnahmen kosten an Förder- oder Grundschulen gleich viel!

Woher muss ich jetzt die zusätzlichen Mittel beziehen? Freiwillig hat der Schulträger in bescheidenem Maß den Lehr- u. Lernmitelansatz etwas erhöht. Die übrigen Mittel werden zu Lasten der Regelschulkinder eingespart, z.B. werden alte Bücher länger als eigentlich zumutbar wieder ausgeteilt. Dieses Problem haben meine Kollegen der Nachbarschulen, deren Förderkinder wir beschulen, natürlich nicht.

Es ist meinem Kollegium hoch anzurechnen, das es trotz erschwelter Bedingungen die Motivation für seine Integrationsarbeit noch nicht eingebüßt hat. Allerdings klingt bei mir ein in der Technik geläufiger Warnhinweis für das Überdrehen von Schrauben an: Nach „fest“ kommt „ab“ !

Lösung des Problems?

Das Problem der sächlichen Ausstattung kann Schule nicht lösen sondern ausschließlich der Gesetzgeber! Nach über zehnjähriger, ergebnisloser Diskussion, insbesondere mit dem Schulträger (- der die Gesetze hierfür nicht zu verantworten hat -), habe ich mich jetzt an eine Landtagsabgeordnete gewandt, meine kleine Anfrage an den Landtag weiter zu leiten. Meine Fragen lauten:

Kleine Anfrage

Schülerinnen und Schüler mit einem offiziell anerkannten individuellen sonderpädagogischen Förderbedarf werden nicht nur an Förderschulen, sondern auch in Form von Integrationsmaßnahmen an Regelschulen beschult.

Die sächliche Ausstattung für Schülerinnen und Schüler einer Förderschule – allein in den Haushaltstiteln Lehr- und Lernmittel – liegt deutlich über dem Ansatz für eben diese Titel der Regelschulen. Der Grund dafür ist in dem erheblichen Mehraufwand für die Umsetzung der festgeschriebenen individuellen Fördermaßnahmen zu sehen.

Frage 1:

Ist es richtig, dass Kinder und Jugendliche mit anerkanntem individuellem sonderpädagogischen Förderbedarf an Regelschulen nicht in gleichem Umfang wie an Förderschulen sächlich ausgestattet werden, sondern grundsätzlich wie RegelschülerInnen?

(speziell bei den Lehr- und Lernmitteln) von der Landesregierung angestrebt und sollen im Zusammengehen mit den kommunalen Vertretern bestehende Gesetze und Verordnungen dahingehend reformiert werden?

Frage 2:

Ist es richtig, dass eventuelle Sondermittel für Integrationsmaßnahmen in der alleinigen Entscheidung des jeweiligen Schulträgers – in Form von freiwilligen Leistungen – liegen?

Da die Beantwortung dieser Fragen nicht nur für meine Schule relevant, sondern von grundsätzlicher Bedeutung ist, bitte ich unseren Vorstand die Anfrage im Landtag zu verfolgen und die Antworten in unserer Verbandszeitschrift zu veröffentlichen. Ich würde es ebenfalls begrüßen, wenn sich KollegInnen mit ihren Erfahrungen zu diesem Thema in diesem Forum äußern würden.

Frage 3:

Ist es richtig, dass sich das Gastschulgeld bei integrativer Beschulung aus Nachbargemeinden grundsätzlich nur in Höhe des Regelschulsatzes und nicht in Höhe des Förderschulsatzes bemisst?

Zum Schluss möchte ich eindringlich dazu aufrufen, sich der Integrationsarbeit wegen der (noch) bestehenden Hemmnisse nicht zu verschließen. Sie ist bei genügend langem Atem eine wunderbare Aufgabe!

Frage 4:

Ist eine Gleichbehandlung von SchülerInnen der Förderschulen mit integrierten FörderschülerInnen in ihrer sächlichen Ausstattung

Wulf Schady

Was macht eigentlich der Vorstand des Schulleiterverbandes?

Klaus-Ingo Marquardt

12. Januar 2005	Gespräch im Ministerium über OVP
25. Januar 2005	Gespräch mit IQSH über OVP
27. Januar 2005	Gespräch im Ministerium über OVP
3. Februar 2005	Vorstandssitzung in Bad Bramstedt
7. Februar 2005	Gespräch im Ministerium über OVP
10. Februar 2005	Vorstandssitzung in Rendsburg
24. Februar 2005	Arbeitstagung OVP
6. April 2005	Vorstandssitzung in Bad Bramstedt
11. April 2005	Mitgliederversammlung in Rendsburg
26. April 2005	Gespräch im Ministerium über OVP
27. April 2005	Arbeitstagung Verlässliche Grundschule
19. Mai 2005	Vorstandssitzung in Bad Bramstedt
24. Mai 2005	Arbeitstagung EVIT in Rendsburg
25. Mai 2005	Vorstandssitzung in Rendsburg
2. Juni 2005	Gespräch im Ministerium über OVP
20. Juni 2005	Vorstandssitzung in Rendsburg

Sommerferien

9. August 2005	Gespräch im Ministerium über VERA
15. August 2005	Gespräch mit Dr. Klug von der FDP
17. August 2005	Gespräch mit der Ministerin über aktuelle und zukünftige Planungen
18. August 2005	Tagung der Kreisobleute mit dem Vorstand
19. Sept. 2005	Vorstandssitzung in Bad Bramstedt

Zusätzlich zu den o. a. Terminen nahm unser Vorsitzender **Walter Rossow** an den folgenden Veranstaltungen und Gesprächen teil.

9. Februar 2005	Veranstaltung des finnischen Generalkonsulats in Kiel
25. Februar 2005	Besuch der Schule Richard-Linde-Weg in Hamburg als Mitglied der Jury des Hauptschulpreises der 2005 der Initiative Hauptschule
2. März 2005	Besuch der Hauptschule Affhausen als Mitglied der Jury des Hauptschulpreises der 2005 der Initiative Hauptschule
3.-5. März 2005	Teilnahme an der ASD-Frühjahrstagung in Erfurt
16. März 2005	Teilnahme an Jurysitzung für den Hauptschulpreis der Initiative Hauptschule
27. April 2005	Verleihung des Hauptschulpreises 2005 der Initiative Hauptschule in Berlin
23. Mai 2005	Verabschiedung von Ministerialdirigent J. Jacobsen in Kiel
31. Mai 2005	1. Gespräch wegen SL-Fortbildungsveranstaltung im IQSH
6. Juni 2005	Gespräch mit oberer Schulaufsicht im Ministerium
10. Juni 2005	Gespräch über Konzeptentwurf „Lehrerbetriebspraktika“ in Tannenfelde
1. Sept. 2005	Gespräch im Ministerium zur OVP
15. Sept. 2005	2. Gespräch wegen SL-Fortbildungsveranstaltung im IQSH
29. Sept. 2005	Gespräch im Ministerium zur OVP

Was hat die Arbeit gebracht?

Die inzwischen regelmäßig stattfindenden Gespräche mit dem Ministerium haben dazu geführt, dass sich zwischen den beteiligten Personen auf allen Ebenen bis hin zur Ministerin ein erfreulich konstruktives Vertrauensverhältnis gebildet hat.

Dies wiederum ermöglichte uns, die Anliegen der Schulleiterinnen und Schulleiter und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter direkt und ohne formale Hürden vorbringen zu können und dafür jederzeit schnell und entgegenkommend Termine zu erhalten.

Diese Art des Umgangs miteinander ist die Folge der konstruktiven Arbeit des Vorstands des s/vsh. Über die von uns gemachten Vorschläge kann man nicht hinwegsehen, auch wenn sie nicht immer sofort umgesetzt werden können. Wir müssen hier auch die häufig durch finanzielle Engpässe hervorgerufenen Zwänge im Bildungsministerium berücksichtigen.

Wir anerkennen ausdrücklich die in den Ausführungen der Ministerin zum Schuljahresanfang gemachten Anstrengungen zur Frühförderung sprachlich eingeschränkter Kinder bereits in der Kita, die Aufrechterhaltung des Fonds zur Senkung des Unterrichtsausfalls, den weiteren Ausbau der Verlässlichen Grundschulen und die angedachten Maßnahmen zur Verminderung der Klassenwiederholung.

Durch die Gespräche, die teilweise ja weitergehen, konnten folgende Ergebnisse erzielt werden:

OVP

- Die vielen Gespräche über die **OVP** haben bewirkt, dass die berechtigten Forderungen der **Ausbildungslehrkräfte** nach Anerkennung ihrer bisherigen Tätigkeit als Mentoren für die Erlangung des Zertifikats wesentlich erleichtert wurden.
- In den Gesprächen wurde die Forderung des s/vsh ausdrücklich unterstützt, dass die Ausbildung zum **Grund- und Hauptschullehrer** zwingend erfordert, dass der LiA auch an **beiden Schularten ausgebildet** wird. Da das besonders an reinen Grundschulen zu Problemen führt, wurde eine Arbeitsgruppe aus Ministerium, IQSH und s/vsh gebildet, die fundierte Vorschläge für das Zusammenwirken der Grundschulen mit den sog. „**Koop-Schulen**“ erarbeiten wird. Dabei soll der zeitliche Rahmen der Anteile an den beiden

Schularten festgelegt werden, ohne eigenständige Konzepte der Schulen zu sehr einzulegen.

- Da die geforderten „**Ausbildungskonzepte**“ in der Praxis Probleme bereiten, wird die Arbeitsgruppe einen Rahmen für das Ausbildungskonzept erarbeiten, den die Schulen in eigener Zuständigkeit inhaltlich ausfüllen.

Fazit:

Die Gespräche haben dazu geführt, dass Probleme erkannt und benannt wurden, erste Schritte zur Lösung der Probleme erfolgt sind und an den noch bestehenden Schwierigkeiten gearbeitet wird.

VERA

Die Forderungen des s/vsh wurden umgesetzt. VERA 2005 wird erheblich weniger Aufwand erfordern. Die Auswertung ist einfacher, der Umfang im Fach Deutsch ist geringer. Zukünftig wird VERA am Ende des 3. Schuljahres geschrieben. Dabei wird wechselseitig in Deutsch oder Mathematik der Schwerpunkt gebildet. Alle Aufgaben werden zentral vorgegeben.

Verlässliche Grundschule

Da, wo die Verlässliche Grundschule eingeführt worden ist, läuft sie nach Aussagen unserer Kollegen gut. Probleme gibt es da, wo viele Vollzeitkräfte einzuplanen sind.

Der Forderung des s/vsh, die Möglichkeit einer 10-prozentigen Minderung der Unterrichtszeiten auch nach zwei Jahren beizubehalten, wurde entsprochen. Die entsprechende Änderung des Erlasses befindet sich in der Anhörung.

Besoldung der Konrektorinnen und Konrektoren

Der aus unserer Sicht skandalöse Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen konnte leider nicht behoben werden. Es liegt in diesem Falle nicht in der Macht unseres Ministeriums, hier Abhilfe zu schaffen. Die finanziellen Vorgaben kommen aus dem Finanzministerium. Inzwischen werden auch neue Schulleiter zwar mit der Wahrnehmung der Aufgaben betraut, aber nicht in die Planstelle eingewiesen. Es ist damit zu rechnen, dass Beförderungen nur noch zum 1. Januar ausgesprochen werden. Wer vorher eine Beförderungs- oder Funktionsstelle übernimmt, muss mindestens bis dahin warten. Diese Regelung gilt für alle Landesbediensteten.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Dr. Ekkehard Klug, hat nach unserem Gespräch am 15.8.2005 einen Tag später zu diesem Thema eine kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet.

Die Fragen und die Antworten finden Sie auf der nächsten Seite.

Kleine Anfrage

Dr. Ekkehard Klug

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

16. Wahlperiode

Drucksache 16/222

05-08-29

Kiel den 30. Aug. 2005

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerin für Bildung und Frauen

Schulleiter und Schulleiterinnen an öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein

1.

Trifft es zu, dass neue Schulleiter/-innen derzeit ihre Aufgabe übernehmen, ohne eine Beförderung in die für ihre Tätigkeit vorgesehene Besoldungsgruppe zu erhalten?

Wenn ja:

- a. Um wie viele Fälle handelt es sich derzeit;
- b. Seit wann wird so verfahren;
- c. Wann will die Landesregierung den Betroffenen schließlich eine der von ihnen ausgeübten Leitungsfunktionen entsprechende Besoldung gewähren?

Die Landesregierung hat am 17. Mai 2005 eine generelle Beförderungssperre beschlossen. Seither wurden in 34 Fällen neu gewählte Schulleiterinnen und Schulleiter zunächst mit der Wahrnehmung der Schulleitungsaufgaben beauftragt.

Die entsprechenden Lehrkräfte sind schriftlich informiert worden, dass beabsichtigt ist, sie unmittelbar nach Ende der Beförderungssperre zu ernennen.

2.

In welchem Umfang und in welchen Bereichen haben Schulleitungen im Laufe der letzten fünf Jahre neue/zusätzliche Aufgaben erhalten (z.B. im Rahmen der Reform der Ausbildung von Referendaren/Lehramtsanwärtern, beim „Schul-TÜV“ oder der Durchführung von Schulleistungsvergleichen), und in welcher Weise ist dies bei der Bemessung ihrer Arbeitszeit oder ihrer Besoldung berücksichtigt worden?

In den letzten fünf Jahren wurden die Aufgaben der Schulleitungen der allgemeinbildenden und Sonderschulen modifiziert und an aktuelle Anforderungen angepasst. Zum 1.8.2001 wurde die Leitungszeit dieser Schulleiterinnen und Schulleiter im Hinblick auf die modifizierte Aufgabenwahrnehmung erhöht.

Den Schulleiterinnen und Schulleitern der berufsbildenden Schulen wurden weitere Befugnisse in Personalangelegenheiten übertragen.

3.

Beabsichtigt die Landesregierung, in dieser Wahlperiode Änderungen hinsichtlich der Arbeitszeitregelungen für Schulleiter/-innen vorzunehmen, insbesondere hinsichtlich der ihnen pädagogische und/oder administrative Führungsaufgaben zur Verfügung stehenden Leitungszeit? Wenn Ja: Welche Änderungen sind hier geplant?

Im Rahmen der beabsichtigten Erhöhung der Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte von 40 auf 41 Stunden werden die Pflichtstunden der Lehrkräfte – mit Ausnahme der an Hauptschulen tätigen Lehrkräfte – zum 1.8.2006 um eine ? Stunde erhöht. Dies betrifft auch Schulleiterinnen und Schulleiter. Der Umfang, in dem für Schulleiterinnen und Schulleiter das allgemeine Pflichtstundenmaß zur Wahrnehmung von pädagogischen und administrativen Führungsaufgaben reduziert ist, bleibt unberührt.

4.

Wie viele Schulleiterstellen sind a. im Jahre 2004 neu besetzt worden, und wie viele Stellen wurden b. bislang in diesem Jahr (2005) neu besetzt bzw. neu ausgeschrieben?

a) Im Jahre 2004 wurden 51 Schulleitungsstellen neu besetzt.

a) Im Jahre 2005 wurden 43 Schulleitungsstellen neu besetzt, davon 34 bislang durch zunächst mit der Wahrnehmung der Aufgaben beauftragte Lehrkräfte. Im Jahre 2005 wurden bisher 57 Schulleitungsstellen für allgemeinbildende und Sonderschulen ausgeschrieben. Für die berufsbildenden Schulen gab es bislang keine Ausschreibung.

5.

In wie vielen Fällen sind dabei 2004 bzw. 2005 Mehrfachausschreibungen erfolgt (mit Angaben der Anzahl der im jeweiligen Falle erfolgten Mehrfachausschreibungen)?

Für allgemeinbildende und Sonderschulen erfolgten im Jahr 2004 50 Mehrfachausschreibungen, davon 37 Zweit-, 11 Dritt- und 2 Viertauschreibungen. Im Jahr 2005 erfolgten 29 Mehrfachauschreibungen, davon 21 Zweit-, 5 Dritt- und 3 Viertauschreibungen. Für die Leitung berufsbildender Schulen gab es in diesen Jahren keine Mehrfachauschreibungen.

6.

Wie viele Schulleiterstellen werden voraussichtlich bis 2010 jährlich vakant?

Wegen Erreichens der Altersgrenze sind folgende Pensionierungszahlen von Schulleiterinnen und Schulleitern zu erwarten:

Jahr	Anzahl der Pensionierungen wegen Erreichens des 65. Lebensjahres
2006	30
2007	35
2008	62
2009	70
2010	69

Über vor Erreichen des 65. Lebensjahres eintretende Schulleitungs-Vakanzen sind Angaben nicht möglich, da entsprechende Anträge relativ kurzfristig gestellt werden.

7.

In welcher Weise will die Landesregierung gegebenenfalls die Attraktivität des Schulleiterberufs in Schleswig-Holstein erhöhen?

Die Landesregierung bietet zum einen Vorbereitungs- und Begleitkurse für potentielle Schulleiterinnen und Schulleiter im Rahmen der Personalentwicklung an. Zum anderen wird die Funktion der Schulleiterin, des Schulleiters durch die Stärkung der schulischen Eigenverantwortung insgesamt attraktiver.

Arbeitskreis Stellvertreter

Klaus-Ingo Marquardt

Auf ihrer Sitzung am 14. September 2005 brachten die Stellvertreterinnen und Stellvertreter im s/vsh ihren geballten Unmut zum Ausdruck. Die ungerechte Besoldungspolitik der Landesregierung und die damit verbundene viel zu spät erfolgende Einweisung in die Funktionsstelle führt dazu, dass viele Stellvertreterinnen und Stellvertreter bereuen, diesen Schritt überhaupt gegangen zu sein.

Sie fühlen sich ausgenutzt und in ihrer Arbeit unter Wert gehandelt. Diese Einstellung wird in die Kollegien getragen und dazu führen, dass immer weniger Lehrkräfte bereit sind, Führungsaufgaben zu übernehmen.

Dass es inzwischen auch bei den Schulleiterinnen und Schulleitern einen Beförderungsstopp gibt, tröstet die Stellvertreter nur wenig.

Dieser Umgang der Regierung mit dem Führungspersonal in den Schulen muss bei allem Verständnis für die finanziellen Probleme des Landes als kontraproduktiv bezeichnet werden. Denn wenn es nicht mehr gelingt, qualifiziertes Führungspersonal zu rekrutieren, gehen alle Innovationsbestrebungen und guten Ansätze den Bach herunter. Nur gute, motivierte Schulleitung macht gute Schule.

Schmunzeln

Das neue Hemd

Und schon beginnt der Ärger, der oft mit einem Nadelstich endet
von Thomas Frankenfeld
erschieden im Hamburger Abendblatt am 18. Juni 2005

Wenn Sie jemand mit abschätzigem Gesichtsausdruck fragt, ob Sie ein original Douglas-Hemd tragen, dann wissen Sie dreierlei: Ihr Gegenüber ist humanistisch gebildet, arglistig, und Sie brauchen einen Satz neue Oberbekleidung. Zur Erinnerung: Theodor Fontanes unsterbliches Gedicht „Archibald Douglas“ beginnt mit der Zeile: „Ich hab’ es getragen sieben Jahr . . .“

Wie Sie erfahren werden, zählt der Erwerb von ein paar neuen Hemden zu den letzten großen Abenteuern unserer Zeit. Für Ihr Geld bekommen Sie neben einer modischen Hülle viele Stunden Bastelarbeit, zwei volle Mülleimer und eine Akupunktur.

So ein Qualitätshemd präsentiert sich eingeschweißt in eine Folie, die, ähnlich einer schusssicheren Weste, zunächst allen Angriffen Ihrerseits widersteht. Sind Sie erst einmal mit scharfem Schneidgerät bis zum Hemd vorgedrungen, beginnt die eigentliche Arbeit. Das Bekleidungsstück ist nämlich werksseitig versehen mit einer Vielzahl an stabilisierenden Elementen, die für eine solide Statik des

Objektes im Verkaufsstand sorgen sollen.

Während Sie aus Kragen, Rücken oder Ärmeln Plastik, Metall und Pappe entfernen, wird Ihr neues Hemd immer schlapper und Ihr Mülleimer immer voller. Der Autor dieser Zeilen operierte aus einem Qualitätshemd heraus: zwei Kunststofffolien, zwei Stücke Pappe, einen Bogen Seidenpapier, eine Plastikklammer, drei Metallklammern, fünf Nadeln, ein Briefchen mit Pflegehinweisen, zwei Pappanhänger mit Barcodes. Letztere waren mit hochzählen Kunststofffäden an das Hemd gefesselt, wie man sie auch zur Ruhigstellung renitenter Serienmörder verwenden kann. Doch mit einer gehärteten Drahtschere aus dem Baumarkt war das überhaupt kein Problem.

Ein paar neue Hemden sind wie eine Tüte Walnüsse: Hinterher häuft sich viel mehr auf dem Tisch als vorher. Und beim ersten Anziehen kommt der Clou, den vor allem die Fakire und Masochisten unter den Hemdenkunden so schätzen: Ein scharfer Pieks in der Lendengegend weist auf den Standort der letzten, nie aufgespurten Nadel hin.

Pressespiegel

Lernbedingungen an deutschen Schulen klaffen immer weiter auseinander

Artikel erschienen in
Die Welt am Mo, 11. Juli 2005

Berlin - Die Lernbedingungen für Schüler wie auch ihre Chancen auf einen qualifizierten Schulabschluss klaffen zwischen den einzelnen Bundesländern immer weiter auseinander. Dies ist das Fazit einer jetzt veröffentlichten Studie der Bildungsforscher Klaus Klemm und Rainer Bock (Essen) im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Die Untersuchung soll mögliche Erklärungen für die neuen Bundesländer-PISA-Ergebnisse bieten, die an diesem Donnerstag

in Berlin veröffentlicht werden. Gute Lernvoraussetzungen wie auch Chancen auf einen qualifizierten Arbeitsplatz nach Schule und Studium sehen die Autoren besonders in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und zum Teil in Rheinland-Pfalz. Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland erreichen dagegen eher durchschnittliche Werte. Analysiert wurden Kindergartenangebote, Klassengrößen, Stundenzahl, Alter der Pädagogen - aber auch Zahl und nationale Zusammensetzung der Migrantenkinder, Jugendarbeitslosigkeit und die jeweilige Wirtschaftskraft des Landes. *dpa*

Pressespiegel

Pisa hat die Karten neu gemischt

erschienen in **WELT AM SONNTAG** Nr. 29 am
17. Juli 2005

Wie gut sind die Schulen der Bundesländer, was können die Schüler? Die Ergebnisse der neuen Bildungsstudie im Überblick
Immerhin, die deutschen Bundesländer vermitteln ihren Schülern größere intellektuelle Kompetenz als noch vor fünf Jahren. Das ist die erfreuliche Botschaft der neuen Pisa-Studie. Fast alle Bundesländer erzielten in der zweiten nationalen Pisa-Studie der OECD bessere Ergebnisse als in den vorherigen Studien seit dem Jahr 2000. Im internationalen Vergleich bleibt die Bundesrepublik zwar Durchschnitt; die Tendenz aber zeigt überall nach oben.

Erfasst wurden in der deutschlandweiten Studie die Kompetenzen 15jähriger Schüler in den Disziplinen Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften und Problemlösen. Überall liegt Bayern vorn. Zur Spitze gehören auch Sachsen, Thüringen und Baden-Württemberg. Am anderen Ende bleibt Bremen Schlußlicht. Schüler des Stadtstaats gelten, wie bei der ersten Studie, als die inkompetentesten, haben seit 2000 aber immerhin die größten Fortschritte erzielt.

Im internationalen Vergleich hat Deutschland aber nach wie vor ein einzigartiges Problem:

23 Prozent aller hier lebenden Schüler gehören zur sogenannten Risikogruppe. Das sind besonders schlechte Schüler, die aus dem Milieu der sozial Schwachen oder Migranten stammen. In keinem anderen OECD-Land ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg so ausgeprägt wie hierzulande.
von Till-R. Stoldt

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie die „PISA-Karten“ aller Bundesländer:

PISA-Karten

1 BAYERN

Regierung	CSU
○ Platzierung 2002	Rang 1
Abiturienten	21,6 % (15)
Schulabbrecher	9,6 % (9)
Klassengröße	25,6 Schüler (3)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	4692 € (4)
Migrantenkinder	22,4 % (8)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	533 (1)
Lesen	518 (1)
Naturwissenschaften	530 (1)
Problemlösung	534 (1)

2 SACHSEN

Regierung	CDU und SPD
↑ Platzierung 2002	Rang 3
Abiturienten	27,5 % (8)
Schulabbrecher	10,3 % (6)
Klassengröße	23,7 Schüler (11)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	4278 € (8)
Migrantenkinder	5,5 % (12)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	523 (2)
Lesen	504 (3)
Naturwissenschaften	522 (2)
Problemlösung	527 (2)

3 BADEN-WÜRTTEMBERG

Regierung	CDU und FDP
↓ Platzierung 2002	Rang 2
Abiturienten	30,5 % (5)
Schulabbrecher	7,8 % (13)
Klassengröße	25,1 Schüler (6)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	4692 € (4)
Migrantenkinder	28,8 % (5)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	512 (3)
Lesen	507 (2)
Naturwissenschaften	513 (3)
Problemlösung	521 (3)

4 THÜRINGEN

Regierung	CDU
↑ Platzierung 2002	Rang 6
Abiturienten	27,4 % (9)
Schulabbrecher	11,6 % (3)
Klassengröße	21,1 Schüler (15)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	5014 € (3)
Migrantenkinder	2,9 % (16)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	510 (4)
Lesen	494 (4)
Naturwissenschaften	508 (4)
Problemlösung	511 (4)

Daten zu Abiturienten, Schulabbrechern und Migrantenkindern sind von 2002.
In Klammern: Werte aus dem Vorjahr

Quellen: OECD, AP, Statistisches BA, „Spiegel-Jahrbuch 2005“, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung

PISA-Karten

5 SCHLESWIG-HOLSTEIN

Regierung CDU und SPD

↑ Plazierung 2002 Rang 8

Abiturienten	25,7 %	(11)
Schulabbrecher	11,1 %	(4)
Klassengröße	23,0 Schüler	(12)
Öffentliche Ausgaben		
pro Schüler (2002)	4416 €	(7)
Migrantenkinder	14,3 %	(11)

Kompetenzpunkte laut
OECD-Studie 2005:

Mathematik	497	(7)
Lesen	488	(5)
Naturwissenschaften	497	(8)
Problemlösung	509	(5)

6 RHEINLAND-PFALZ

Regierung SPD und FDP

↓ Plazierung 2002 Rang 4

Abiturienten	24,8 %	(12)
Schulabbrecher	9,0 %	(10)
Klassengröße	25,3 Schüler	(5)
Öffentliche Ausgaben		
pro Schüler (2002)	4278 €	(8)
Migrantenkinder	25,3 %	(6)

Kompetenzpunkte laut
OECD-Studie 2005:

Mathematik	493	(11)
Lesen	485	(6)
Naturwissenschaften	497	(9)
Problemlösung	508	(6)

7 SACHSEN-ANHALT

Regierung CDU und FDP

↑ Plazierung 2002 Rang 13

Abiturienten	26,8 %	(10)
Schulabbrecher	13,7%	(1)
Klassengröße	21,8 Schüler	(14)
Öffentliche Ausgaben		
pro Schüler (2002)	4600 €	(5)
Migrantenkinder	3,6 %	(15)

Kompetenzpunkte laut
OECD-Studie 2005:

Mathematik	502	(5)
Lesen	482	(9)
Naturwissenschaften	503	(6)
Problemlösung	501	(13)

8 SAARLAND

Regierung CDU

↓ Plazierung 2002 Rang 5

Abiturienten	21,1 %	(16)
Schulabbrecher	9,0 %	(10)
Klassengröße	26,3 Schüler	(2)
Öffentliche Ausgaben		
pro Schüler (2002)	4094 €	(9)
Migrantenkinder	19,6 %	(10)

Kompetenzpunkte laut
OECD-Studie 2005:

Mathematik	498	(6)
Lesen	485	(8)
Naturwissenschaften	504	(5)
Problemlösung	500	(15)

Daten zu Abiturienten, Schulabbrechern und Migrantenkindern sind von 2002.
In Klammern: Werte aus dem Vorjahr

Quellen: OECD, AP, Statistisches BA, „Spiegel-Jahrbuch 2005“, Max-Planck-Institut
für Bildungsforschung

PISA-Karten

9 HESSEN

Regierung	CDU
○ Platzierung 2002	Rang 9
Abiturienten	29,0 % (6)
Schulabbrecher	8,8 % (11)
Klassengröße	25,0 Schüler (7)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	4416 € (7)
Migrantenkinder	32,7 % (3)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	497 (8)
Lesen	484 (7)
Naturwissenschaften	489 (12)
Problemlösung	507 (8)

10 NIEDERSACHSEN

Regierung	CDU und FDP
○ Platzierung 2002	Rang 10
Abiturienten	24,7 % (13)
Schulabbrecher	10,0 % (7)
Klassengröße	24,1 Schüler (9)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	4508 € (6)
Migrantenkinder	20,1 % (9)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	494 (9)
Lesen	481 (10)
Naturwissenschaften	498 (7)
Problemlösung	506 (9)

11 BERLIN

Regierung	SPD und PDS
2002	nicht gewertet
Abiturienten	32,2 % (1)
Schulabbrecher	11,9 % (2)
Klassengröße	25,4 Schüler (4)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	5198 € (2)
Migrantenkinder	25,2 % (7)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	488 (13)
Lesen	481 (11)
Naturwissenschaften	493 (10)
Problemlösung	507 (7)

12 MEKLENBURG-VORP:

Regierung	SPD und PDS
↓ Platzierung 2002	Rang 11
Abiturienten	24,1 % (14)
Schulabbrecher	10,6 % (5)
Klassengröße	22,1 Schüler (13)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	3910 € (11)
Migrantenkinder	3,8 % (14)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	493 (10)
Lesen	473 (15)
Naturwissenschaften	491 (11)
Problemlösung	502 (12)

Daten zu Abiturienten, Schulabbrechern und Migrantenkindern sind von 2002.
In Klammern: Werte aus dem Vorjahr

Quellen: OECD, AP, Statistisches BA, „Spiegel-Jahrbuch 2005“, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung

PISA-Karten

13 HAMBURG

Regierung	CDU
2002	nicht gewertet
Abiturienten	31,0 % (3)
Schulabbrecher	11,6 % (3)
Klassengröße	24,9 Schüler (8)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	5980 € (1)
Migrantenkinder	38,5 % (2)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	481 (15)
Lesen	478 (13)
Naturwissenschaften	487 (14)
Problemlösung	505 (10)

14 BRANDENBURG

Regierung	SPD und CDU
↓ Plazierung 2002	Rang 12
Abiturienten	31,2 % (2)
Schulabbrecher	8,6 % (12)
Klassengröße	23,7 Schüler (11)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	4002 € (10)
Migrantenkinder	5,0 % (13)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	492 (12)
Lesen	478 (14)
Naturwissenschaften	486 (15)
Problemlösung	504 (11)

15 NORDRHEIN-WESTFALEN

Regierung	CDU und FDP
↓ Plazierung 2002	Rang 6
Abiturienten	27,9 % (7)
Schulabbrecher	7,0 % (14)
Klassengröße	26,6 Schüler (1)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	4508 € (6)
Migrantenkinder	32,2 % (4)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	486 (14)
Lesen	480 (12)
Naturwissenschaften	489 (13)
Problemlösung	500 (14)

16 BREMEN

Regierung	SPD und CDU
○ Plazierung 2002	Rang 14
Abiturienten	30,8 % (4)
Schulabbrecher	9,9 % (8)
Klassengröße	23,8 Schüler (10)
Öffentliche Ausgaben	
pro Schüler (2002)	4692 € (4)
Migrantenkinder	40,7 % (1)
Kompetenzpunkte laut OECD-Studie 2005:	
Mathematik	471 (16)
Lesen	457 (16)
Naturwissenschaften	477 (16)
Problemlösung	491 (16)

Daten zu Abiturienten, Schulabbrechern und Migrantenkindern sind von 2002.
In Klammern: Werte aus dem Vorjahr

Quellen: OECD, AP, Statistisches BA, „Spiegel-Jahrbuch 2005“, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung

Blick über den Tellerrand – können wir von Bayern etwas lernen?

eine Glosse von Till E. Spiegel

„Sparen oder/und Investieren?“ Wie bringen wir die Pferde zum Laufen?

Zwischen diesen scheinbaren Gegenpolen pendelt heute die meist weniger als mehr denkende politische Welt im täglich ärmer werdenden Deutschland hin und her. Und da man für das Letztere immer schwerer freudige Kreditgeber findet, weil die finanzstarken Geldgeber zunehmend lieber im Ausland und möglichst steuerfrei anlegen und ihnen das unternehmerische Risiko beim Schaffen von konkurrenzfähigeren Arbeitsplätzen im Ausland erträglicher erscheint, wird „Sparen“ und „Einsparen“ zunehmend zum viel gepriesenen Wunderheilmittel unserer Politiker für das schwer angeschlagene ehemalige Zugpferd der europäischen Einigung.



Dass dieser Gaul in den letzten zehn Jahren schon deutlich dürrer geworden ist und eigentlich längst in die 2. oder 3. Reihe zurückgeschirrt hätte werden müssen, war ihnen lange verborgen geblieben. Aber warum sich als EU-Haupt-Nettozahler mit den anderen um die Führungsposition streiten? Wer zahlt, schafft an und wer's glaubt, wird selig!

Und wenn schon die Bürger alle sparen müssen, muss auch der Staat sparen. Pech für die **Beschäftigten im öffentlichen Dienst**, denn die sind beides: **Bürger** und **Staat**! Also zusätzlich Urlaubsgeld ade, Weihnachtsgeld gekürzt, Anhebung der Dienstaltersstufen gestreckt, Beförderungssperren ausgedehnt: Stroh statt Hafer! Und dann noch länger arbeiten, nicht nur 40 h statt 38 h, nein, 42 h demnächst! Zumindest jene, die den Vorzug des fürsorglichen Beamtenverhältnisses genießen. Also

noch 2 Stunden länger an die Arbeitsfront, wohl damit langausgebildete Junghengste- und -stuten erst gar nicht ins Geschirr kommen und noch länger auf staatliches Gnadenbrot angewiesen sein werden.

Und wenn überall gespart wird, muss auch bei der **Bildung und den Lehrern** gespart werden, denn die zehren allein schon auf Grund ihrer hohen Anzahl üppig an den schmal gewordenen Ländertrögen! Zwar werden in Deutschland im Vergleich zum OECD-Durchschnitt (ca. 30 Länder!) im Jahr 5 Milliarden € weniger ausgegeben, aber allein der Gerechtigkeitssinn sagt uns, dass es alle treffen muss, sonst wird es schwer mit der Durchsetzung! Wenn allein der West-Ost-Transfer mit 90 Milliarden Euro im Jahr mehr als doppelt so viel kostet als die gesamten Bildungsausgaben in Deutschland, wird deutlich, warum wir die nötigen Verbesserungen und inneren Reformen im Schulwesen nur mühsam voranbringen können.

Das mit dem bayerischen Mustersparen hatte man sich bei der G-8-Reform auch anders vorgestellt als mit den jährlich zusätzlich benötigten 90 Millionen €, die nun entsprechend dem Konnexitäts-Prinzip auch noch vom bayrischen Bildungshaushalt geschultert werden müssen. Was bleibt da noch für die anderen?

Nun sollen also auch die **Volksschullehrer** zu ihren bereits geleisteten 28 bzw. 29 Wochenunterrichtsstunden plus Sprechstunde noch eine Stunde „draufsatteln“, sonst wär's ja ungerecht, wenn die Gymnasiallehrer gleichzeitig von 23 auf 24 und die Realschullehrer von 24 auf 25 Stunden gehievt werden!

Doch steht leider zu befürchten, dass die vollzeitbeschäftigten Grund- und Hauptschulpferde dann die ganze Woche über nicht mal mehr dazukommen, zwischendurch mal „Wasser“ zu saufen, vom Durchschnaufen in Pausen keine Spur. Und im übernächsten Schuljahr soll dann vielleicht noch ein zusätzlicher Nachmittag verordnet werden, was aber die Kollegen dann nicht belasten, sondern entlasten wird und worauf sie sich schon sehr freuen. Am Vormittag bleibt an Volksschulen ja

nun wirklich keine Zeit für Kooperation mehr, schließlich müssen die Fohlen lückenlos belehrt und gewissenhaft beaufsichtigt werden.

Wer sieht, wie die „Holsteiner“ an den Volks- und Förderschulen den oft steinigen, ja morastigen Boden beackern, den ihnen eine immer erziehungsärmere und bildungsferne Bevölkerung bereitet, muss sich ernsthaft Sorgen um deren gesundheitliche Entwicklung machen. Haben nicht zuletzt die Lehrgesundheitstage im Lande nicht deutlich aufgezeigt, dass die **Belastungsgrenzen teilweise schon deutlich überschritten** sind? Es besteht akut die Gefahr, dass bei solch schlechter Pflege und gleichzeitigem Antreiben mit der Peitsche noch viel mehr Ackergäule stehen bleiben oder gar zusammenbrechen werden!

Und leider fechten die Verantwortlichen in Regierung und Ministerien auch nicht die mehrfach wissenschaftlich erbrachten Ergebnisse der Arbeitszeituntersuchungen bei Lehrkräften an, welche **45 Wochenstunden bei Einrechnung der Ferien mit einem Urlaubsanspruch von 30 Tagen** ergeben haben! Also müsste es für die Volksschulen eigentlich heißen: 2 Unterrichtsstunden weniger, um erst einmal auf das angedrohte 42-Stunden-Soll herunterzukommen!

Statt die Wahrheit zur Kenntnis zu nehmen, setzt man – bewusst oder unbewusst – weiter lieber auf die weit verbreiteten Vorurteile, dass Lehrer am Vormittag ein bisschen Dressur halten und am Nachmittag frei hätten, um dann in den 13 Ferienwochen mit ihren üppigen Akademikergehältern freien Ausritt in die ganze Welt zu genießen.

Wir **Schulleiter** wissen das allerdings anders, natürlich besser! Mit großer Freude haben wir daran mitgewirkt, dass Bewegung in die starren Schulen gekommen ist, dass **innere Schulentwicklung** vorankommt und immer mehr Kollegien ergreift und Anschluss an die zeitgemäße internationale Schulentwicklung gesucht wird. Mit großer Genugtuung haben wir zur Kenntnis genommen, dass unsere **zentrale Rolle bei der Gestaltung der Schule** nicht nur gesehen, sondern geradezu propagiert wird. Natürlich sind wir dazu gerne bereit, aber bitte nur mit der entsprechenden Ausstattung.

Wer uns im Ackergeschirr mit vollbeladenen Erntewägen gegen Vollblut-Araber mit filigranen Streitwägen an den Start schickt, sollte lieber nicht auf uns setzen und wird bei den nächsten PISA-Rennen auf keine Wunder hoffen dürfen. Ein erfolversprechendes Gestüt mit einigen hundert Pferdchen und einigen Dutzend Jockeys in Schwung zu bringen und zu halten, ist wahrlich mehr als ein Nebenjob und fordert ein **professionell arbeitendes Führungsteam mit entsprechender Leitungszeit, Verwaltung und Mitteln**.

Oder sollte doch noch die Erkenntnis reifen, dass wir in Deutschland auf unsere Jungpferde bauen müssen und wirklich kein anderes Kapital haben als die **Bildung und Ausbildung unseres Nachwuchses**? Dann wird's Zeit, auf die Experten aller renommierten Gestüte zu hören, die unisono seit Jahrzehnten eine bessere Personalausstattung für kleine Klassen und Lerngruppen, selbständiges Lernen und rechtzeitige Förderung empfehlen. Wenn Finnlands Lehrerelite sich bei 17 bis 24 Wochenstunden jeweils mit durchschnittlich 15 Kindern als gut ausgelastet fühlt, sollten wir es den unseren **ersparen**, die doppelte Anzahl mit einer um ein Drittel höheren Stundenzahl zu trainieren. Hier läuft Kreisklasse ein Derby gegen die internationale Champions-League, das ist unfair!

Wir Deutschen und besonders hier in Bayern hören es noch immer allzu gerne: Wir wollen Spitze sein! **Sparen** ist ein für alle Zeiten allgemeingültiges und richtiges wirtschaftliches Prinzip; **Investieren** in die Bildung ist der Schritt, der unsere Zukunft sichert, damit unsere Pferde ins Laufen kommen und in zehn, fünfzehn Jahren mal wieder ein Rennen gewinnen werden!

Informationen aus der Geschäftsstelle

Als neue Mitglieder begrüßen wir ganz herzlich:

Rektor	Thomas Gerdes	GHS Süd.	Halstenbek
Rektor	Bernd Falkenhagen	RS im Schulzentrum	Bad Segeberg
Konrektorin i.W.	Frauke Grohmann	Theodor-Heuss-Schule	Kiel
Konrektorin	Barbara Scheufler-Lembcke	Gorch-Fock-Schule	Kappeln
Konrektor	Ronald Radtke	Realschule mit GHS-Teil	Schenefeld

Service für die Schulleitung s/vsh-e-info · s/vsh-e-forum

einfach und schnell online anmelden können.

Seit Dezember 2003 werden über unseren Internet-Dienst s/vsh-e-info aktuelle Informationen aus der Geschäftsstelle versandt. Wer sich noch nicht angemeldet hat, sollte dies schnell nachholen. Auf unserer Homepage www.slvsh.de finden Sie ein Anmeldeformular, mit dem Sie sich

Unser Forum s/vsh-e-forum bietet allen angemeldeten Mitgliedern die Möglichkeit, mit anderen Teilnehmern in Kontakt zu treten, um Fragen zu stellen, Meinungen zu äußern und Antworten zu geben. Auch hierfür melden Sie sich bitte auf unserer Homepage an.

Den s/vsh stärken – Mitglieder werben!

An vielen Schulen sind neue Schulleiterinnen und Schulleiter gewählt worden oder dieses steht noch bevor.

Treten Sie dafür ein, dass diese neuen Kollegen, Mitglied im s/vsh werden. Sprechen Sie sie auf Schulleiterdienstversammlungen auf unseren Verband an.

Schicken Sie die Adressen von Interessierten formlos per Fax an die Geschäftsstelle oder faxen Sie mir eine Liste Ihres Schulaufsichtsbezirks zu, auf der Sie die neuen Kolleginnen und Kollegen kenntlich machen. Nur wenn wir stark bleiben, können wir die Interessen von Schulleitung kraftvoll vertreten.

Kostenlose Pensionsberechnung auch für Sie!

Wollen Sie wissen, wie viel Pension Sie einmal bekommen? Gehen Sie im Internet auf www.richterversorgung.de. Herr Damme wird kostenlos eine detaillierte Berechnung durchführen. Jüngere Kollegen können eine eventuelle Versorgungslücke durch eine Versicherung bei der berufsständischen „Richterversorgung“ abdecken.

Fortbildung für Schulleiter/innen der Realschulen

„Der Schulleiter / die Schulleiterin als Beurteiler/in“

Bildungszentrum Tannenfelde 12./13. Dezember 2005 - Einladung folgt!

Die Aufgabenverteilung im s/vsh

Postanschrift:	Klaus-Ingo Marquardt Schulstraße 6	Geschäftsführer	04322-5650	04322-691493	04322-2362	04322-888922	kmarquardt@slvsh.de
Zuständig für:	Name	Funktion im Vorstand	Tel. dienstlich	Fax dienstlich	Tel. privat	Fax privat	e-mail
ASD	Walter Rossow	Vorsitzender	04123 - 68 3 10	04123 - 68 31 21	04101 - 37 27 80	04101 - 37 27 82	wrossow@slvsh.de
Fortbildung	Maren Böddener	stv. Vorsitzende	04103 - 91 21 70	04103-91 21 720	04103 - 88 2 43	04103 - 91 29 87	mboeddener@slvsh.de
Finanzen	Reinhard Einfeldt	Schatzmeister	04621 - 25 0 29	04621 - 98 99 65	04621-99 90 024	04621 - 24 7 67	reinfeldt@slvsh.de
Homepage	Uwe Niekkel	Beisitzer	04852 - 2321	04852 - 98 20 70	04825 - 9121		uniekkel@slvsh.de
Schriftführer	Günter Orgis	Schriftführer	0481 - 850 86 30	0481- 85 086 15	0481 - 82 2 44	0481 - 82 2 66	gorgis@slvsh.de
Kreisorganisation	Rolf Jacoby	Beisitzer	04822 - 37 67 10	04822 - 37 67 15	04192 - 89 74 40		arjacoby@slvsh.de
Pensionäre	Friedrich Jeschke				04371- 2402	04371 - 3749	Friedrich.Jeschke@t-online.de
Rechtsauskünfte	Karl-Heinz Werner		04121 - 79 1 50	04121 - 79 15 18	04121 - 91 0 21		karl-heinz.werner@hanse.net
Arbeitskreise							
Zeitung	Ragna Bordel	Beisitzerin	040 - 524 15 48	040 - 529 35 16	0170 - 24 78 229		rbordel@slvsh.de
Neue Schulleiter							
Kleine Schulen	Christiane Franz		04121 - 83 8 06	04121 - 83 8 04	04121 - 84 08 44	04121 - 84 09 90	cfranz@slvsh.de
Realschulen	Andreas Kelber	Beisitzer	04106 - 65 36 24	04106 - 65 36 25	04191 - 86 01 61		akelber@slvsh.de
FöZ - Integration	Nora Siegmund	Beisitzerin	0431 - 72 29 33	0431 - 72 10 69	0431 - 78 78 94	0431 - 78 59 171	nsiegmund.slvsh.de
Anhörungen	Olaf Peters	stv. Vorsitzender	04642 - 98 46 00	04642-98 46 016	04641 - 93 31 46		opeters@slvsh.de
Stellvertreter	Klaus-Ingo Marquardt	Geschäftsführer	04322 - 5650	04322 - 88 89 22	04322 - 2362	04322 - 88 89 22	kmarquardt@slvsh.de

Die Ansprechpartner in den Kreisen finden Sie ab sofort auf einer eigenen Seite.

Ihre Ansprechpartner in den Kreisen

Kreis	Schulart	Name	Tel. dienstlich	Fax dienstlich	Tel. privat	Fax privat	e-mail-Adresse
NF	RS	Hans-Jörg Rickert	04863-9150	04863-9151	04863-3605		hjricket@slvsh.de
HEI	RS	Günter Orgis	0481-850 8630	0481-85 08 615	0481-82 2 44	0481-82 2 66	gorgis@slvsh.de
	GS	Elke Reimers	04804-18 1 10	04804-18 11 22			
	HS	Uwe Niekiel	04852-2321	04852-98 20 70	04852-9121		unikiel@slvsh.de
FL + SL	RS						
	GHS	Olaf Peters	04642-98 46 00	04642-98 46 016	04641-93 31 46		opeters@slvsh.de
RD + NMS	RS	Uwe Löptien	04331-30 07 20	04331-39 3 90	04331-36 3 41	04331-37 0 52	uloeptien@slvsh.de
OD							
	GS	Marina Umlauff	040-72 29 266	040-78 10 47 95	040-72 28 833	040-72 28 833	mumlauff@slvsh.de
	FöZ	Constanze Pallasch	040-71 06 204	040-71 14 17 92	040-81 97 55 86		cpallasch@slvsh.de
OH							
PLÖ	RS	Manfred Helmert	04342-1028	04342-1029	0431-69 79 79		mhelmert@slvsh.de
	GHS	Gabriele Killig	04522-50 34 10	04522-50 34 18	04522-6338		
IZ	RS	Herbert Frauen	04124-4222	04124-93 78 50	04128-234		hfrauen@slvsh.de
	GHS	Claudia Sens-Görrissen	04128-94 21 08	04128-9640	04121-75 1 79		csensgoerrissen@slvsh.de
KI	GHS	Hauke Landt-Hayen	0431-60 06 920	0431-78 59 556	04322-1081	04322-1081	hlandthayen@slvsh.de
RZ	RS	Elisabeth Heidn-Johannsen	04542-83 56 67	04542-88 2 80	04541-89 83 38		eheidnjo hannsen@slvsh.de
	GHS	Jörg Woelky	04509-87 5 00	04509-87 50 10	04542-89 8 31		jwoelky@slvsh.de
SE	RS	Klaus Noack	04191-3592	04191-959118	04192-1851		knoack@slvsh.de
	HS	Almut Hübner	04193-96 81 70	04193-96 88 43	04191-50 69 73		ahübner@slvsh.de
	GS	Angelika Speck	04193-76 29 06	04193-2285	04192-89 89 69		aspeck@slvsh.de
	FöZ	Elisabeth Horsinka	04193-96 81 55	04193-96 81 70	04191-6743		ehorsinka@slvsh.de
HL	GS	Magda Sorour	0451-40 85 090	0451-40 85 09 20	04533-4059	04533-4059	emsor@gmx.net
PI	RS	Andreas Kelber	04106-65 36 24	04106-65 36 25	04191-86 01 61		akelber@slvsh.de
	GHS	Adelia Schuldt	04101-46 8 78	04101-40 24 69	040-89 65 23		almschu@aol.com
	GHS	Sibylle Leuner	04103-91 21 80	04103-91 21 820	04101-44 6 72	04101-40 35 52	sleuner@slvsh.de

Mehr Zeit für gute Schule

Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) ist die **Interessenvertretung** für Schulleiterinnen und Schulleiter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter **aller** Schularten Schleswig-Holsteins. Ihm gehören zur Zeit mehr als 520 Mitglieder an. Unser Hauptziel ist es, die Rahmenbedingungen für Schulleitungen zu verbessern! Dabei machen wir deutlich, dass Führungsaufgaben **unverzichtbarer** Bestandteil von Schulleitungen sind. Gleichzeitig erarbeiten wir Konzepte für Schul- und Personalentwicklung und streben ihre Umsetzung an.



Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.

Der s/vsh vertritt die Belange seiner Mitglieder gegenüber

- dem Ministerium
- der Schulaufsicht auf allen Ebenen
- den Schulträgern
- den Eltern- und Schülervertretungen
- den Personalvertretungen
- der Öffentlichkeit
- der Wirtschaft
- den Gewerkschaften
- allen demokratischen Parteien
- anderen Verbänden, ...

Der Schulleiterverband (s/vsh) - die größte und stärkste Vereinigung von Schulleitungsmitgliedern in Schleswig-Holstein - ist in den Jahren seit seiner Gründung im Jahre 1991 zum akzeptierten und geforderten Gesprächspartner der o.g. Institutionen geworden. Ziel des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (s/vsh) war und wird auch zukünftig die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühles von Schulleitungen durch Gedankenaustausch und gegenseitige Unterstützung sein. Dafür wird weiterhin kontinuierlich daran gearbeitet werden, die Interessen des Schulleiterberufes in allen und für alle Schularten zu vertreten, wobei stets das Motto gelten wird:

Die Schulleitungen aller Schularten stärken und keine Schulleitung einer Schulart schwächen, denn: das schafft WIR-GEFÜHL, da im Kern alle Schulleitungstätigkeit aller Schularten gleich ist!

Gemeinsam sind wir stärker!

Werden auch Sie Mitglied im Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) und senden Sie noch heute Ihre Beitrittserklärung an die Geschäftsstelle¹ ab!

**Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen**

¹ s/vsh

Geschäftsstelle · Klaus-Ingo Marquardt · Grundschule Wattenbek · Schulstraße 6 · 24582 Wattenbek

Beitrittserklärung

zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. slvsh

Name	Vorname		Geb. Datum	
Dienstbezeichnung/Funktion	Schulart	zuständiges Schulamt		
Name und Anschrift der Schule				Dienststellen-Nr.
Dienst-Telefon	Dienst-Fax	Privat-Telefon	Privat-Fax	e-mail
Privatanschrift				
Ort, Datum		Unterschrift		

Ich bin damit einverstanden, dass der Jahresbeitrag von € 84,00 einmal jährlich im voraus von meinem Konto abgebucht wird.

Bankinstitut	Bankleitzahl	Kontonummer

Eintrittsdatum	Unterschrift

Ihre Wünsche, Anregungen, konstruktive Kritik sind uns wichtig und für eine effektive Verbandsarbeit unerlässlich. Also rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Ich habe folgende Anregungen für die Verbandsarbeit

Ich biete meine Mitarbeit an (pauschal, zu bestimmten Themen, speziellen Aufgaben)

Ich wünsche mehr Informationen zu folgenden Themen:

Bitte zurück an: Schulleiterverband Schleswig-Holstein
Schulstraße 6
24582 Wattenbek
oder per Fax an: 043 22 - 88 89 22

LEHREN SIE IHRE KOSTEN DAS FÜRCHTEN! DER RISO RZ200 VERVIELFÄLTIGT SCHULUNTERLAGEN SUPERSCHNELL UND EXTREM GÜNSTIG.

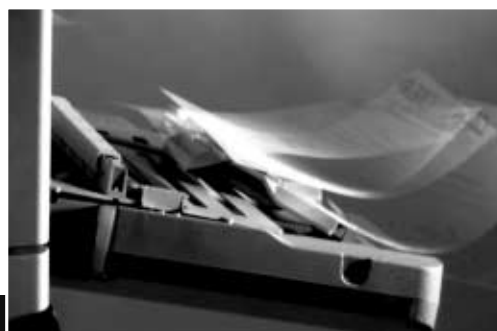
DAFÜR REICHT AUCH SCHON DIE KLEINE PAUSE: KLASSENSÄTZE, FORMULARE UND UNTERRICHTSMATERIALIEN DRUCKT DER RZ200 IN UNGLAUBLICHEM TEMPO UND IN BESTER QUALITÄT. UND BEIM PREIS-/LEISTUNGSVERHÄLTNIS KANN SOWIESO KEINE ANDERE TECHNIK DER WELT MITHALTEN! LASSEN SIE SICH DEN RZ200 JETZT VORFÜHREN – FÜR S/W DRUCKE ODER MIT ÜBER 20 SCHMUCKFARBEN IHRER WAHL.

IDEAL FÜR DEN SCHULALLTAG

BIS ZU 130 SEITEN/MINUTE

SEHR EINFACH ZU BEDIENEN

OZONFREI UND UMWELTFREUNDLICH



TESTEN SIE DEN RZ200
AUF DEM S/VSH-KONGRESS: 27.10.2005,
CONVENTGARTEN RENDSBURG.

original by
RISO
your printing vision

RISO (Deutschland) GmbH
Langenhorner Chaussee 44a · D-22335 Hamburg
Telefon 040 / 53 28 61 - 0 · Fax 040 / 53 28 61 - 70
E-Mail marketing@riso.net · www.riso.net

Erlassentwurf „Rauchverbot“

Erlass des Ministeriums für Bildung und Frauen vom ... (NBl. MBF Schl.-H. S. ...)

1. Es gehört zum Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule, die Schülerinnen und Schüler zu einem eigenverantwortlich bestimmten Leben ohne die Abhängigkeit von Suchtmitteln zu befähigen. Allen am Schulleben Beteiligten (Schulleitung, Lehrkräfte, nichtpädagogisches Personal, Eltern und Gäste) kommt dabei eine Vorbildfunktion zu. Für alle Schulen in öffentlicher Trägerschaft in Schleswig-Holstein gilt daher ein Rauch- und Alkoholverbot im Schulgebäude und auf dem Schulgelände mit Ausnahme von Wohnräumen. Das Verbot gilt ebenso bei schulischen Veranstaltungen außerhalb der Schule.
2. Über Ausnahmen vom Verbot entscheidet die Schulkonferenz im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.
3. Beschlüsse der Schulkonferenzen zu Präventionskonzepten bleiben von diesem Erlass unberührt.
4. Dieser Erlass tritt am Tage nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

Stellungnahme des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein zum Erlassentwurf „Rauchverbot“

Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) stimmt der Einschätzung des Ministeriums zu, dass der Erlassentwurf schlank gehalten ist. Da der geplante Erlass aber in seiner umfassenden Bedeutung, bis hin zu schulischen Veranstaltungen außerhalb des Schulgeländes und nicht-schulischen Veranstaltungen auf dem Schulgelände, eine neue Qualität gegenüber den bisherigen Haus- und Schulordnungen darstellt, erscheint er dem s/vsh besonders im Hinblick auf den Umgang mit Verstößen doch zu schlank.

Der s/vsh unterstützt die Intention des Erlassentwurfes, kann diesem aber so noch nicht zustimmen, da die Umsetzung eine Aufgabe für Schulleitungen ist und diese ihre Instrumente zur Unterstützung der Umsetzung noch nicht kennen.

Hinweisen möchte der s/vsh auf das bestehende Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit, gegen das täglich außerhalb des Schulgeländes verstoßen wird, obwohl Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren das Rauchen in der Öffentlichkeit nicht gestattet werden darf.

Der Erlassentwurf bestimmt einen großen Personenkreis zu Vorbildern, aber Vorbild kann man nicht nur zeitlich oder räumlich begrenzt sein und mehr kann der geplante Erlass nicht erreichen. Sehr zu begrüßen sind die geplanten Anregungen zu präventiven Maßnahmen, um Einstiege zu verhindern und die Hilfsmaßnahmen zur Schaffung von Ausstiegshilfen.

Im Auftrag
Olaf Peters

Erlassentwurf „Sprachstandsfeststellung und Datenschutz“

- III 162 -
Christian Philipp Peters

Kiel, 28. Juni 2005
☎ 2294

III 16

Sprachstandsfeststellung und Datenschutz beim Übergang von KiTa in die Grundschule
hier: Entwurf eines Erlasses

Erlass des Ministeriums für Bildung und Frauen vom
(NB. MBF Schl.-H. S. ...)

1. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Institutionen Kindertageseinrichtungen und Grundschule ist notwendig, damit die Schule an den Bildungsbiografien, die Kinder mitbringen, anknüpfen und den nachfolgenden Bildungsprozess effektiv gestalten kann. Diese Zusammenarbeit erfolgt rechtzeitig bereits vor dem Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule.
2. Die zuständige Grundschule leitet nach der Übermittlung der Schülerstammdaten durch die Meldebehörde (§ 50 Abs. 4 Schulgesetz) das Einschulungsverfahren ein. Dieses soll bis Ende November eines jeden Jahres abgeschlossen sein. Bei dem Einschulungsverfahren beachtet die Grundschulleitung insbesondere den Sprachstand des einzuschulenden Kindes.
3. Stellt die Grundschulleitung fest, dass das Kind bis zu seiner Einschulung noch einer besonderen sprachlichen Förderung bedarf, stimmen sich die Schule und die vom Kind besuchte Kindertageseinrichtung über die einzuleitende Maßnahme ab. Nach zurzeit geltender Rechtslage ist die Durchführung einer Sprachfördermaßnahme nur mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten zulässig.
4. Besucht ein einzuschulendes Kind, bei dem ein Sprachstandsdefizit festgestellt wurde, keine Kindertageseinrichtung, übernimmt das zuständige Schulamt die Koordinierung der erforderlichen Sprachfördermaßnahme.
5. Ohne Einwilligung der Erziehungsberechtigten dürfen keine personenbezogenen Daten von den Kindertageseinrichtungen an die Schule übermittelt werden. Die Schule trägt die Verantwortung für die Zulässigkeit des Datenabrufs.
6. Unter Vorlage einer gegenüber der Schule oder gegenüber der Kindertageseinrichtung freiwillig abgegebenen, eindeutigen, schriftlichen und jederzeit widerrufbaren Einwilligungserklärung der Erziehungsberechtigten kann die Schule folgende Daten und Informationen von der Kindertageseinrichtung abrufen:
 - Name des Kindes
 - Angaben über den aktuellen Entwicklungs- und Sprachstand des Kindes
 - Angaben über besondere Fähigkeiten des Kindes
 - Angaben über individuelle Förderbedürfnisse des Kindes
7. Solange keine Datenerhebung, -verarbeitung oder Datenübermittlung vorgenommen wird, ist für regelmäßige gegenseitige Besuche und Hospitationen der Erziehungs- bzw. Lehrkräfte keine Einwilligung der Erziehungsberechtigten erforderlich.

8. Die abgerufenen Daten sind nach Abschluss der Aufgabe, für die sie verarbeitet worden sind, spätestens aber zwei Jahre nach der Begründung des Schulverhältnisses zu löschen bzw. zu vernichten.
9. Dieser Erlass tritt am Tage nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

Stellungnahme des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein zum Erlassentwurf „Sprachstandsfeststellung und Datenschutz“

Olaf Peters

Schulleiterverband Schleswig-Holstein
Geschäftsstelle: Klaus-Ingo Marquardt
Schulstraße 6, 24582 Wattenbek

den 06.09.2005

Ministerium für Bildung und Frauen
III 30 –
Brunswiker Straße 16 – 22

24105 Kiel

Sprachstandsfeststellung und Datenschutz beim Übergang von KiTa an die Grundschule - Erlassentwurf

Sehr geehrter Herr Dube,

der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) bedankt sich für die Übersendung des o.a. Erlassentwurfes.

Es ist für die Arbeit in den Grundschulen sehr zu begrüßen, dass Sprachfördermaßnahmen durchgeführt werden können. Dass eine solche Maßnahme nur auf freiwilliger Basis umzusetzen ist, bedauert der s/vsh und wünscht sich hierzu eine Änderung der Rechtslage.

Nach dem Wortlaut des Erlassentwurfes soll das Einschulungsverfahren bis Ende November eines jeden Jahres abgeschlossen sein. Der s/vsh meint dazu, es kann sich hier nur um den ersten Teil des Einschulungsverfahrens handeln. Bis zum Einschulungstermin vergehen noch acht Monate. In dieser Zeit werden die Kinder von den Gesundheitsämtern untersucht und die Schulleiterin und der Schulleiter stellt die Schulreife fest. Beide Vorgänge können nicht schon bis Ende November des Jahres vor der Einschulung durchgeführt werden.

Die Datenschutzbestimmungen sind leider auch hier keine Unterstützung eines Verfahrens, dass den Start in die Schule für jedes sprachauffällige Kind erleichtern soll.

Es ist schon bemerkenswert, dass die Schule nur mit Zustimmung der Eltern erfahren darf, welche Kinder (namentlich) den Kindergarten zwecks Einschulung verlassen werden.

In der Hoffnung, dass in der Praxis die Erziehungsberechtigten die gebotenen Chancen für ihr Kind annehmen werden, stimmt der s/vsh dem Erlassentwurf zu.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Olaf Peters

Veränderter Erlass „Verlässliche Grundschule“

Der untenstehende Erlass soll eine Veränderung in Punkt 2 erfahren. Hier der bereits bekannte Erlasstext incl. des neu hinzugefügten Satzes:

Einführung der Verlässlichen Grundschule (VG)

Erlass des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein vom 21. Mai 2003 – III 40 –

1. Die Einführung der Verlässlichen Grundschule in Schleswig-Holstein erfolgt schrittweise in Regionen. Die Regionen werden im jährlich veröffentlichten Planstellenerlass bekannt gegeben. Während der Einführungsphase findet spätestens nach einem Jahr eine Überprüfung der Umsetzung des Erlasses statt, insbesondere auch im Hinblick auf die Auswirkung für Teilzeitbeschäftigte.
2. Die Verlässliche Grundschule organisiert für die tägliche Schulzeit einen festen zeitlichen Rahmen von vier Zeitstunden für die Klassenstufen 1 und 2 sowie fünf Zeitstunden für die Klassenstufen 3 und 4 für alle Schülerinnen und Schüler. In dieser Zeit sind – auf die Woche bezogen – Unterrichtszeiten von 15 Zeitstunden für die Klassenstufen 1 und 2 sowie von 18 Zeitstunden für die Klassenstufen 3 und 4 sowie Pausen enthalten. Der Zeitrahmen kann in einer zweijährigen Einführungsphase der Verlässlichen Grundschule nach Entscheidung der Schulkonferenz wöchentlich bis zu 10 % unterschritten werden. **Danach sind Unterschreitungen mit der unteren Schulaufsicht abzustimmen.**
3. Die Unterrichtszeiten sollen rhythmisiert werden. Jahrgangs-, klassen- und gruppenübergreifendes Arbeiten sowie das Arbeiten in Projekten sind Elemente der Verlässlichen Grundschule. Die Schulkonferenz entscheidet über die Ausgestaltung des Konzepts der jeweiligen Schule.
4. Anwesenheitszeiten der Lehrkräfte werden von der Unterrichtsorganisation bestimmt.
5. Ergänzungszeiten erfordern im Gegensatz zu Unterrichtszeiten keine besondere Vor- und Nachbereitung. Sie werden mit 50% auf die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkraft angerechnet. Die Schule dokumentiert die Unterrichts- und Ergänzungszeit der Lehrkräfte. Das Führen von Zeitkonten wird empfohlen.

Dieser Erlass tritt zum 01.08.2003 in Kraft.

Ute Erdsiek-Rave

Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Des Landes Schleswig-Holstein

**Stellungnahme des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein
zum veränderten Erlass „Verlässliche Grundschule“**

Olaf Peters

Schulleiterverband Schleswig-Holstein
Geschäftsstelle: Klaus-Ingo Marquardt
Schulstraße 6, 24582 Wattenbek

den 05.09.2005

Ministerium für Bildung und Frauen
Referat für Grund- und Hauptschulen
III 301
Gartenstraße 6

24103 Kiel

**Änderung des Erlasses „Einführung der Verlässlichen Grundschule“
- Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Zimmermann,

der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) kommt Ihrer Bitte um eine Stellungnahme gerne nach.

Die Forderung des s/vsh, den dritten Satz des Punktes 2 des Erlasses zu verändern, lautet:

Der Zeitrahmen kann nach Entscheidung der Schulkonferenz wöchentlich bis zu 10% unterschritten werden.

Ihrer beabsichtigten Änderung stimmen wir aber zu.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Olaf Peters

Zu guter Letzt...:

WORAN MAN MERKT, DASS MAN VOM 21. JAHRHUNDERT SCHON FAST DIE SCHNAUZE VOLL HAT...!

1. Sie versuchen beim Mikrowellenherd, Ihr Passwort einzugeben.
2. Sie wissen nicht, dass man Solitaire auch mit echten Karten spielen kann...
3. Sie haben 15 verschiedene Telefonnummern, um Ihre 3 köpfige Familie zu erreichen.
6. Der Grund, warum Sie den Kontakt zu Ihren Freunden verlieren, ist, weil Sie keine E-Mail Adresse besitzen.
7. Sie wissen nicht, mit welcher Briefmarke man einen Standardbrief frankiert.
8. Für Sie bedeutet „organisiert sein“, verschiedenfarbige Post-It zu besitzen.
9. Die meisten Witze, die Sie kennen, haben Sie in E-Mails und Webforen gelesen.
10. Sie geben den Firmennamen an, wenn Sie am Abend zu Hause das Telefon abnehmen.
11. Sie drücken zu Hause die 0, um beim Telefonieren rauszukommen.
12. Sie sitzen seit 4 Jahren am gleichen Schreibtisch und haben dort für drei verschiedene Firmen gearbeitet.
13. Das Firmenschild wird einmal pro Jahr dem Corporate Design angepasst.
14. Wenn Sie einen 90 Minuten Film im Fernsehen gucken wollen, müssen Sie sich drei Stunden Zeit nehmen wegen der Werbeunterbrechungen.
15. Sie suchen verzweifelt die Tasten „STRG, ALT und ENTF“ auf Ihrer Fernbedienung, wenn der Fernseher auf Grund einer Sendestörung rauscht.
16. Ihre Visitenkarte ist auf der Vorderseite deutsch, auf der Rückseite englisch. Beide Seiten unterscheiden sich nur durch die (+49).
17. Sie arbeiten von 08:00 Uhr bis 21:00 Uhr, davon die ersten 6 Stunden fürs Finanzamt.
18. Die Verkehrslage ließ es noch nie zu, in Ihrem Auto den vierten oder fünften Gang auszutesten.
19. Ihre Eltern oder Kinder beschreiben Sie und Ihren Beruf mit „er/sie macht was mit Computern“.
20. Sie erkennen Ihre Kinder dank der Fotos auf dem Schreibtisch.
21. Sie müssen sich mindestens 10 verschiedene Geheimzahlen, Pins, usw. merken.
22. Sie lesen die Uhrzeit von Ihrem Handy, und nicht von Ihrer Armbanduhr ab.
23. Sie haben diese Liste gelesen und dauernd genickt.
24. Sie überlegen sich, wem Sie diese Liste per Email weiterleiten können.

und zu guter Letzt ...

Ihnen fällt noch nicht einmal auf, dass die Punkte 4. und 5. fehlen!

Notizen

[illegible]

Notizen

[illegible]